

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Berliner Büro

**Unter den Linden 71
Raum 337**

Telefon 030 227 – 79385

Fax 030 227 – 70385

E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Berlin, 8. April 2022

Ukraine und Impfpflicht: Wie sich die Regierung isoliert und scheitert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

Putins Krieg in der Ukraine und die Debatte um die Impfpflicht dominierten diese Parlamentswoche. Trotz militärischer Erfolge der Ukraine führt Russland den völkerrechtswidrigen Krieg mit unverminderter Härte weiter. Kriegsverbrechen, begangen durch russische Truppen, sind ein barbarischer Akt und bedeuten eine weitere Eskalation. Gut, dass die Generalbundesanwaltschaft, ukrainische Behörden, die EU und der Internationale Strafgerichtshof Ermittlungen aufgenommen haben. Wer für Menschenrechtsverletzungen und die Exekution von Zivilisten verantwortlich ist, muss in Den Haag vor Gericht gestellt werden. Die EU hat angekündigt, auf die neue Eskalationsstufe mit weiteren Sanktionen zu reagieren. Ich unterstützte dies.

Ich beobachte allerdings, dass die Bundesregierung, allen voran Kanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner, mit ihrem kategorischen „Nein“ zu einem Lieferembargo für Gas zunehmend international isoliert sind. Es ist beschämend, dass unsere internationalen Partner in der Nato und in der EU sowie der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, der Bundesregierung immer wieder Tatenlosigkeit und Hinhaltetaktiken vorwerfen. Dies gilt für die Diskussion um Exportverbote für Öl, Gas und Kohle sowie für Waffenlieferungen.



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Täuschen und Taktieren: Ministerin setzt Deutschlands Reputation aus Spiel

Eine bittere Anekdote dieses Zögerns, Versagens und Täuschen lieferte die Bundesverteidigungsministerin. Sie behauptete, bei den Waffenlieferungen an die Ukraine läge Deutschland auf Platz zwei. Konfrontiert mit der Wirklichkeit, dass die USA, Kanada, Estland und weitere Länder mehr Waffen lieferten, korrigierte sie ihre Aussage dahingehend, [dass sich ihre Äußerungen auf das Gewicht der gelieferten Waffen bezögen](#). Täuschen und Taktieren statt tatkräftig für Unterstützung und Hilfe zu sorgen, so lässt sich die Politik der Bundesregierung in Bezug auf die Ukraine beschreiben. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, kommentierte das Vorgehen der Ministerin Lambrecht sarkastisch mit: „Pack noch ein paar Backsteine dazu, dann schaffen wir es sicher auf Platz zwei“. Die Bundesregierung setzt ihre Reputation und die Glaubwürdigkeit Deutschlands auf Spiel.

Putin hat in der sechsten Woche des Krieges seine Kriegstaktik geändert und konzentriert sich mit den Angriffen auf den Süden der Ukraine. Dort drohen in den nächsten Tagen und Wochen weitere blutige Kämpfe. Ich hoffe sehr, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um diesen Krieg zu beenden. Allerdings werden meine Zweifel, ob die Bundesregierung dazu willens und in der Lage ist, von Tag zu Tag größer.

Impfpflicht: Die Ampel ist grandios gescheitert

Kommen wir zum Thema Impfpflicht: Ich bedaure sehr, dass der Bundestag am Donnerstag zu keiner Entscheidung gekommen ist. [Das Vorhaben der Ampel, eine Impfpflicht über Gruppenanträge aus der Mitte des Bundestages zu beschließen, ist grandios gescheitert](#). Es ist gute parlamentarische Praxis, dass die Bundesregierung ein Gesetz vorlegt, über die der Bundestag dann berät. Allein schon die pandemische Sachkunde, die Prognosen über den Pandemieverlauf und die verfassungsrechtlichen Fragen hätten der Vorarbeit aus den zuständigen Ministerien bedurft. Weil Scholz für die Einführung einer Impfpflicht wegen der FDP keine Mehrheit hatte, wählten der Kanzler und sein Gesundheitsminister Lauterbach ein anderes Verfahren. Sie flüchteten sich in Gruppenantragsverfahren. Die Bundesregierung gab damit das Heft des Handelns aus der Hand. Dies ist dem Kanzler und der Ampel nun zum Verhängnis geworden.

Nun oblag es den Abgeordneten der Ampel, Vorschläge zur Einführung einer Impfpflicht auszuarbeiten. Offensichtlich waren sie mit dieser Aufgabe überfordert. Keine der vier diskutierten Anträge wurde mit Mehrheit im Deutschen Bundestag verabschiedet. Die Diskussionen um die Impfpflicht gehen also weiter.

Als Union halten wir selbstverständlich Corona-Impfungen für sinnvoll. Und selbstverständlich ist es notwendig, für den Herbst Vorsorge zu treffen. Nach wie vor sind



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

die Impfquoten zu niedrig. [Dennoch konnten wir als CDU den Anträgen für eine Impfpflicht ab 60 Jahren nicht zustimmen](#). Wichtige Voraussetzungen, die die Einführung einer pauschalen Impfpflicht rechtfertigen, liegen derzeit nicht vor. Die Inzidenzen gehen zurück. Aufgrund milderer Verläufe durch die Omikron-Variante sind die Krankenhäuser nicht überlastet. Alle Expertinnen und Experten warnen aber vor einer Corona-Welle im Herbst. Niemand kann mit Sicherheit sagen, welcher Corona-Typus dann vorherrschen wird, ob es eine neue Virus-Variante gibt und ob diese Variante ansteckender und gefährlicher ist. Ebenfalls ist nicht gesichert, ob die aktuell verfügbaren Impfstoffe gegen eine im Herbst möglicherweise dominierende Virus-Variante wirksam sind.

Als Jurist habe ich große verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Vorschlag, den weite Teile der Ampel unterstützt haben. Denn andere, mildere Instrumente zur Pandemiebekämpfung wurden von der Ampel abgeschafft. Einer der zentralen Grundsätze unserer Rechtsordnung besagt, dass der Staat stets das mildeste Mittel zur Erreichung eines Ziels einsetzen darf. Niemand kann mir aus verfassungsrechtlicher Perspektive erklären, warum ein Gesetz verfassungsgemäß sein soll, das harte Grundrechtseingriffe vorsieht, während mildere Mittel wie die Maskenpflicht abgeschafft werden.

Aus diesen Gründen habe ich für den Vorschlag der Union votiert. Dieser sah die Schaffung eines Impfregisters und weiterer Maßnahmen zur Vorbereitung auf mögliche Corona-Wellen im Herbst vor. Sollte sich die Lage im Herbst verschlechtern und wirkungsvolle Impfstoffe verfügbar sein, sah unser Vorschlag auch eine schnell umzusetzende Impfpflicht vor. Ich bin der festen Überzeugung, dass dies der beste Kompromiss ist und hoffe sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der Ampel in den kommenden Wochen endlich einen Schritt auf die Union zugehen, um den Vorschlag ernsthaft zu beraten. Wir müssen uns auf den Herbst vorbereiten und wir müssen die Immunisierung in der Bevölkerung vorantreiben. [Die Debatte um die Einführung einer Impfpflicht ist also keineswegs zu Ende](#), auch wenn Kanzler Scholz dies anders sieht.

Der Bundestag geht nun in eine kleine Osterpause. In der letzten Woche im April kommen wir dann erneut zusammen. Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich schöne Ostertage!

Herzliche Grüße, Ihr

Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich wie gewohnt unter marc.henrichmann@bundestag.de zur Verfügung. Mehr über meine Arbeit finden Sie auf meiner [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#).